

BASLER FREISINN

Selber entscheiden.

Renteninitiative
unterschreiben!

Zum letzten Mal als Präsident: Luca Urgese

Zum letzten Mal hat er am 10. Mai eine Generalversammlung der FDP.Die Liberalen Basel-Stadt erfolgreich geleitet. Nun blickt er zurück auf fünf Jahre intensive Arbeit. **Seite 3**

Mindestlohn: 2 x Nein

Die Parteiversammlung hat am 26. April zwei Mal klar Nein zur schädlichen Mindestlohninitiative und zum Gegenvorschlag gesagt. **Seite 3**

Danke, lieber Luca!

Obwohl Luca Urgese jung ist, darf er sich bereits alt Präsident nennen. Er hat die Partei durch Wind und Wellen dirigiert. Baschi Dürr dankt ihm im Namen aller. **Seite 4**

Zum ersten Mal als Präsident: Johannes Barth

Er wurde soeben an der digital durchgeführten Generalversammlung zum neuen Präsidenten gewählt. Zusammen mit den beiden Vizes und den weiteren Vorstandsmitgliedern wird er die Partei in die nächsten Wahlen führen. **Seite 5**

Der neue Vorstand

Das sind die neuen Vorstandsmitglieder. **Seite 5**

Was geht in der FDP-Fraktion?

Fraktionschef Erich Bucher sagt, was die Fraktion im Grossen Rat leistet. **Seite 6**

Der zweiteilige 2. Parteitag

Parolen, Wahlen, Rechnung usw. **Seite 7**

Das läuft in unseren Sektionen

Was läuft bei den FDP Frauen, den Jungfreisinnigen, in der FDP Riehen-Bettingen und den drei Basler Sektionen? **Seiten 8, 9**

Mit dem neuen Vorstand in den nächsten Wahlzyklus!

Packen wir es zusammen an.



Das neue Präsidium (von links): Elias Schäfer, Vize; Eva Biland, Vize; Johannes Barth, Präsident.

Der altbekannte Spruch «Nach den Wahlen ist vor den Wahlen!» stimmt. Bereits im Herbst 2023 sind wieder die Nationalratswahlen und im Herbst 2024 wieder die Gesamterneuerungswahlen für den Grossen Rat und die Regierung angesagt. Diese gilt es sorgfältig zu planen und vorzubereiten. Es wird die Aufgabe des neuen Vorstandes sein, die personellen und finanziellen Ressourcen zu schaffen und die FDP.Die Liberalen Basel-Stadt zu alter Stärke zu führen. Dafür verdienen das neue Präsidium und das Vorstandsteam die Unterstützung von uns allen.

Inhalt

- 3 Über den Wert der Freiheit
- 4 Gespräch mit Baschi Dürr
- 6 Renteninitiative
- 7 Aus dem Grossen Rat
- 8 Vermischtes
- 9 Digitaler Stammtisch
- 10/11 Unternehmer sprechen sich für das CO₂-Gesetz aus
- 12/13 Ungerechtfertigte Skandalisierung der Landwirtschaft
- 14 Vorschau auf die Sommersession
- 15 Nein zu den Agrarinitiativen
- 16 NR Regine Sauter setzt sich für das Covid-19-Gesetz ein
- 17 Gute Gründe für das CO₂-Gesetz
- 18 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 19 FDP bekennt sich zum bilateralen Weg
- 20 Peter Hodel ist Solothurner Regierungsrat
- 21 Gastbeitrag von Kamylla Lisi-Brandino
- 23 Vermischtes



Ja zur Individualbesteuerung:
Jetzt Initiative unterschreiben!



Mehr Tempo ist nötig

Impfungen ebnen den Weg aus der Krise

Liebe Freisinnige

Mit den im April verkündeten Lockerungsschritten des Bundesrats haben wir endlich wieder ein Stück Freiheit zurückerlangt. Weiterhin gelten jedoch Corona-bedingte Einschränkungen – eine Perspektive und ein zuverlässiges Ausstiegsszenario sind auch mit dem bundesrätlich vorgeschlagenen Drei-Phasen-Modell noch nicht greifbar. Wir alle werden weiterhin auf eine harte Geduldsprobe gestellt.

Einen Impfwang lehne ich ab. Jedoch gelingt uns der Weg aus der Krise nur mit einer koordinierten Impf- und Teststrategie. Die zuständigen Bundes- und Kantonsämter haben es verpasst, bis Ende April 30 Prozent der Bevölkerung zu impfen – und sind damit der Forderung der FDP aus ihrem 100-Tage-Aktionsplan nicht nachgekommen. Es muss endlich schneller vorwärtsgen beim Impfen. Mit jedem Tag nehmen die gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Schäden zu.

Nicht nur die Corona-Krise beschäftigt die Schweiz, sondern auch die Beziehungen zur EU. Der bilaterale Weg mit der EU ist eine Erfolgsgeschichte – eine Sicherung und Weiterführung ist von höchster Bedeutung. Bundespräsident Parmelin ist Ende April ohne die erhofften politischen Zugeständnisse bei den ausstehenden Punkten aus Brüssel zurückgekehrt. Der Gesamtbundesrat ist aufgefordert, seine Führungsverantwortung wahrzunehmen und aufzuzeigen, wohin der Weg gehen soll.

Unsere Nachkommen eine intakte Lebensgrundlage sichern.

Klarheit besteht hingegen darüber, dass wir heute handeln müssen, um auch künftigen Generationen

eine intakte Lebensgrundlage zu hinterlassen. Dies sind wir unseren Nachkommen schuldig. Deswegen unterstütze ich das CO₂-Gesetz und empfehle Ihnen, bei der Abstimmung am 13. Juni 2021 ein Ja einzulegen. Das Gesetz setzt auf liberale Rahmenbedingungen – nicht Verbote, sondern das Verursacherprinzip liegt ihm zugrunde. Es schafft die Voraussetzungen für nachhaltiges Wirtschaften, ohne dass dies zwingend mehr kostet. Der Schlüssel liegt in der Innovation.

Ihre Stimme zählt.

Nicht nur das Coronavirus fordert Menschenleben, sondern auch terroristisch motivierte Straftaten. Mit der Annahme der PMT-Vorlage – ebenfalls am 13. Juni 2021 in der Volksabstimmung – könnten wir präventiv dagegen vorgehen. Das Gesetz erhöht die Sicherheit und den Schutz für unsere Bevölkerung, unsere Werte und unsere Institutionen.

Freisinnige und liberale Werte sind die Grundlage des Erfolgsmodells Schweiz. Ich würde mich freuen, wenn auch Sie sich dafür einsetzen und am 13. Juni 2021 an die Urne gehen. Jede Stimme zählt! Unsere Abstimmungsempfehlungen finden Sie in der vorliegenden Ausgabe.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre und danke Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung einer liberalen Politik.

Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Es war mir eine Ehre!

Luca Urgese, alt Parteipräsident



Im März 2016 begann für mich ein Abenteuer. Sie schenkten mir das Vertrauen, in jungem Alter die Partei zu führen.

Nach fünf Jahren voller Parteitage, Sitzungen, Medienanrufe, Wahlkämpfe, Akten, Texte, Tweets und Apéros ist es an der Zeit, den Stab an ein neues Team weiterzureichen.

Blick zurück ohne Wehmut

Wenn ich diese Zeilen schreibe, blicke ich ohne Wehmut auf meine Amtszeit zurück. Wir haben viel miteinander diskutiert, geplant und auch umgesetzt. Ich bin überzeugt davon, dass wir einige Meilensteine für die Partei setzen konnten. Auch solche mit langfristiger Wirkung.

Danke für Ihre Unterstützung

Dabei konnte ich in all diesen Jahren stets auf Ihren Rückhalt bauen. Auch in schwierigen Zeiten, die wir an Wahlsonntagen zweifellos hatten, haben Sie mir den Rücken gestärkt. Dafür

und für das mir stets entgegengebrachte Vertrauen danke ich Ihnen von Herzen. Es war mir eine Ehre, der FDP als Präsident zu dienen.

«Du hast ja jetzt Zeit»

Folgt man den Aussagen von Weggefährten, steht einem scheidenden Parteipräsidenten offenbar eine «entspannte» Zeit bevor. Die will ich verstärkt den politischen Dossiers widmen. Mit dem neuen Führungsteam und mit Ihren wertvollen Inputs, liebe Mitglieder, möchte ich mithelfen, politische Erfolge zu erzielen. Für uns Freisinnige, die Bevölkerung und den Kanton. Darauf freue ich mich.

Ein toller Erfolg zum Schluss

Besonders freut es mich, zum Abschluss nochmals von einem tollen Erfolg berichten zu können. Liselotte Henz und Sarah Cruz-Wenger haben mit Glanzresultaten die Wiederwahl als Gerichtspräsidentinnen geschafft. Dazu gratuliere ich ihnen ganz herzlich und wünsche ihnen und unseren in stiller Wahl bestätigten weiteren Richterinnen und Richtern eine erfolgreiche Amtszeit in dieser anspruchsvollen Funktion.

Luca Urgese, Präsident 2016–2021
Grossrat Grossbasel West

Gerichte

Unsere Kandidatinnen wurden am 9. Mai mit hervorragenden Resultaten wiedergewählt.



Die im Grossen Rat vertretenen Parteien hatten sich für die Gerichte grundsätzlich auf die Aufteilung der Positionen geeinigt. Aber weil es für das Appellationsgericht sowie für das Strafgericht unabhängige Kandidaturen gab, wurden dennoch richtige Wahlen nötig. Erfreulicherweise wurden am 9. Mai 2021 die von den Parteien vorgeschlagenen Kandidierenden gewählt. Darunter sind auch Appellationsgerichtspräsidentin **Liselotte Henz** (Bild links) und Strafgerichtspräsidentin **Sarah Cruz-Wenger** (Bild rechts). Unsere beiden hervorragend qualifizierten Richterinnen erzielten jeweils das beste Resultat des bürgerlichen Tickets. Wir gratulieren!

Weitere Richterinnen und Richter

Wir sind stolz darauf, in allen Gerichten bestens ausgewiesene Mitglieder zu wissen, welche ihre Aufgabe zuverlässig wahrnehmen. Auf Seite 9 dieses *Basler Freisinn*s lesen Sie auch, welche FDP-Mitglieder in stiller Wahl ernannt wurden.

2x Nein zum kantonalen Mindestlohn

FDP gegen beide Vorlagen

Am 13. Juni 2021 stimmen wir in Basel-Stadt über die Einführung eines staatlichen Mindestlohns ab. Der Parteitag FDP Basel-Stadt empfiehlt Ihnen, sowohl die Initiative der Gewerkschaften (Mindestlohn von 23 Franken) als auch den Gegenvorschlag des Grossen Rates (Mindestlohn 21 Franken) abzulehnen.

Widerspricht freisinniger Grundhaltung

Vom Staat festgelegte Mindestlöhne widersprechen zutiefst der freisinnigen Überzeugung eines liberalen Arbeitsmarkts sowie der seit Jahren bewährten sozialpartnerschaftlichen Aushandlung von branchenspezifischen und realistischen Lohn- und Arbeitsverhältnissen.

Mindestlöhne sind schädlich für Schwächste

Vor allem aber ist der staatliche Mindestlohn höchst schädlich. Denn er trifft die Schwächsten, also diejenigen, die er zu schützen vorgibt, am stärksten. Staatliche Mindestlöhne führen zu beträchtlichen Preiserhöhungen, welche wiederum den Abbau von Arbeitsplätzen, na-

mentlich im Niedriglohnsegment, bei Ungelernten sowie Aushilfsjobs zur Folge haben. Und auch die Berufsbildung würde geschwächt, wenn ein 16-Jähriger ohne Lehre sofort über 4000 Franken pro Monat verdienen kann. Mehr Informationen dazu finden Sie im Internet unter mindestlohnnein.ch.

R. Soder Baugeschäft AG

Oberdorfstrasse 10
Postfach 108
4125 Riehen 1

Telefon 061 641 03 30
Fax 061 641 21 67
soderbau@bluewin.ch

Lergenmüller AG

Oberdorfstrasse 10, Postfach 108
4125 Riehen 1

Telefon 061 641 17 54
Fax 061 641 21 67
lergenmueller@bluewin.ch

Wand- und Bodenbeläge – Mosaiken

Danke, lieber Luca!

Zum Abschied unseres Präsidenten



Unsere Partei hat ihrem scheidenden Präsidenten Luca Urgese viel zu verdanken. Ich hatte in den letzten Jahren das Privileg, eng mit ihm zusammenzuarbeiten. Er hat mich dabei immer wieder beeindruckt.

2016 zum Präsidenten der Basler FDP gewählt, machte er sich sogleich daran, die Partei programmatisch, personell und strukturell neu aufzustellen. Mit enormem Engagement und präzisiertem analytischem Geist initiierte Luca seine Ideen nicht nur, sondern setzte diese auch Schritt für Schritt konsequent um – von neuen Köpfen im Vorstand über Änderungen der Statuten bis hin zu Anpassungen des Parteibudgets.

Langfristig wird sich die Arbeit auszahlen

Wir wissen es alle: Wie Luca Urgese selbst unumwunden eingeräumt hat, kann das Ergebnis nicht zufriedenstellen. Dass bei den nationalen Wahlen 2019 und den kantonalen Wahlen 2020

jeweils nur wenig zum Erfolg fehlte, zeigt aber das langfristige Potenzial von Lucas unermüdlicher Arbeit. Denn ich bin überzeugt, dass die beiden Höhepunkte seiner Präsidentschaft so schnell nicht verblassen werden – im Gegenteil: Woher kommen wir, wohin gehen wir? Diese beiden Fragen haben die Basler Freisinnigen wie selten zuvor unter Luca Urgese aufgearbeitet.

Jubiläum und Parteiprogramm

«Für Freiheit kämpfen», das herausragende Buch zum 125-Jahr-Jubiläum unserer Partei, erklärt den historischen Werdegang. Das neue breit erarbeitete und verabschiedete Parteiprogramm wiederum definiert als Basis unserer Politik einen modernen urbanen Liberalismus, ohne beliebig zu werden, pointiert und pragmatisch gleichermassen.

Basis für neuen Vorstand gelegt

Darauf wird das neue Präsidium der Basler FDP aufbauen können – hin zum gemeinsamen Erfolg! Luca Urgese, mit dem besten Resultat aller Freisinnigen in den Grossen Rat wiedergewählt, bleibt uns als Parlamentarier in der ersten Reihe zum Glück erhalten.

Herzlichen Dank, lieber Luca, für alles – und was alles noch kommt!

Baschi Dürr

Baschi Dürr, alt Regierungsrat Basel-Stadt

Herzlichen Dank für eure Vorstandsarbeit!

Mit dem Wechsel im Präsidium und dem Ende des Wahlzyklus sind Rücktritte im Vorstand normal.

Wir danken den Ausscheidenden für ihre Arbeit sehr herzlich. Den Dank der Partei werden wir am nächsten Parteitag persönlich aussprechen.



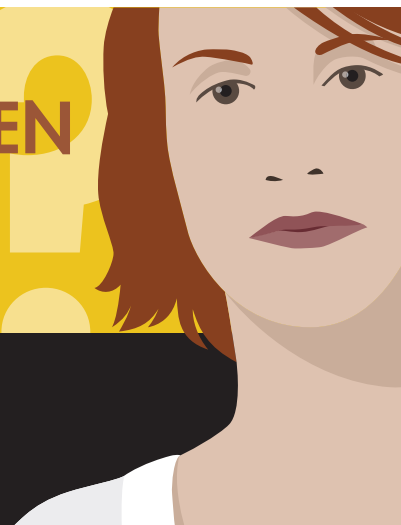
Von oben links:
Patrick Erny, Patrick Flad, Nadine Gautschi, Titus Hell, Christian Moesch, Vojin Rakic, Edwin Tschopp

Patrick Erny hat 5 Jahre im Vorstand gewirkt und dabei KMU- und Wirtschaftspolitik sowie die liberale Denkfabrik betreut. **Patrick Flad** hat sich als Leiter im Nationalrats- und im Grossratswahlkampf eingesetzt und war ein Jahr im Vorstand. **Nadine Gautschi** war 8 Jahre im Vorstand, davon 5 als Vizepräsidentin. Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit lagen bei den Themen Bildung und Vereinbarkeit von Kindern und Arbeit. Zudem war sie 2019 Kandidatin für den Regierungsrat. **Titus Hell** hat als Präsident der Jungfreisinnigen sein Amt abgegeben und trat deshalb nach zwei Jahren auch aus dem Vorstand zurück. **Christian Moesch** war während fast fünf Jahren das kulturelle Gewissen im Vorstand und stark in Finanz- und Steuerfragen. **Vojin Rakic** vertrat während 4 Jahren fachmännisch die gesundheitspolitische Sicht. Er widmete sich zudem Arbeitnehmeranliegen und der liberalen Denkfabrik. Generalist **Edwin Tschopp** hat während der fünf Jahre u. a. das 125-Jahr-Jubiläumsfest mitorganisiert, Ausgaben des *Basler Freisinn*s betreut und den Grossratswahlkampf mitgeleitet.

VERLIERE ICH MEINEN ARBEITSPLATZ?

Ein Lohndiktat verschärft die Corona-Krise.

2x NEIN!
zum kantonalen Mindestlohn



Gemeinsam zurück zu alter Stärke

Johannes Barth, neuer Parteipräsident



Ich bin Ihnen, liebe Parteikolleginnen und Parteikollegen, sehr dankbar für Ihr Vertrauen, mich als Präsident der Basler FDP gewählt zu haben. Darüber freue ich mich sehr.

Ich weiss um die grossen Erwartungen, die Sie mit der Wahl des neuen Leitungsteams verbunden haben. Gemeinsam mit Eva Biland und Elias Schäfer im Vizepräsidium sowie den weiteren Vorstandsmitgliedern packen wir es an!

Kämpfen für den Erfolg

Um wieder auf die Gewinnerstrasse zurückzufinden, müssen wir raus zu den Wählerinnen und Wählern. Nur so machen wir unser liberales Parteiprogramm bekannter. Unverändert stehen wir für eine pointierte liberale und gleichzeitig pragmatische Politik.

Auf Bevölkerung eingehen

Aber: Wir müssen dabei gezielter auf die Bevölkerung eingehen. Was sind die konkreten Herausforderungen der Baslerinnen und Basler etwa bei der Bildung, bei der Digitalisierung, oder bei der Wirtschaft? Um diese Fragen zu beantworten, müssen wir auch zuhören können. Und vor allem brauchen wir engagierte Frauen und Männer, die unsere Botschaften mutiger und mit viel Begeisterung kommunizieren. Wir dürfen nie vergessen: Letztlich kommen freisinnige Lösungen allen zugute!

Machen Sie mit

Ich lade Sie ein, uns auf diesem Weg zu unterstützen. Als Präsident weiss ich um meine Verantwortung. Aber nur wenn alle Mitglieder an einem Strang ziehen und die Verantwortung für unsere gemeinsame Partei wahrnehmen, kommen wir weiter. In den kommenden vier Jahren wollen und werden wir eine Basler FDP gestalten, die ihre festen Plätze in Parlament und Regierung ausfüllt. Davon bin ich fest überzeugt.

Offen für Sie

Zögern Sie nicht, uns Ihre Anregungen, Ideen oder auch Kritik mitzuteilen, denn wir wollen sowohl nach innen als auch nach aussen weiterhin eine offene Kommunikation pflegen. Ich freue mich auf die kommende Zeit mit Ihnen.

Johannes Barth, Präsident

Das sind die weiteren Vorstandsmitglieder

Wir gratulieren diesen Mitgliedern herzlich zur Wahl in den Vorstand der Basler FDP und wünschen dem neuen Team viel Erfolg!

Den Mitkandidierenden danken wir dafür, dass sie sich der demokratischen innerparteilichen Ausmarchung gestellt haben.

Dank der Statutenänderung erhalten die Jungfreisinnigen und die FDP Frauen je einen Sitz.



Wer den Sitz der FDP Frauen einnimmt, wird noch bestimmt.

1. Reihe: Eva Biland, Vizepräsidentin; Elias Schäfer, Vizepräsident. **2. Reihe:** Eva Jenisch, Finanzen; Erich Bucher, FDP-Grossratsfraktion. **3.-7. Reihen, 7 von 8 Beisitzenden:** Mathis Heuss; Christoph Holenstein; Richard Hubler; Isabelle Mati; Dominik Scherrer (Jungfreisinnige); Silvia Schweizer; Dominik Tschudi.

Straumann Hipp Zukunft bauen – seit 1807.

Ihr Bauunternehmer in der Region und Ansprechpartner für Neu- und Umbauten, Renovationen und Sanierungen, Kundenmaurer- und Kundengipserarbeiten, Schadstoffsanierungen und Schadstoffberichte, sowie bei Dachdecker-, Spenglerarbeiten und vieles mehr.

Straumann-Hipp AG / Hardstrasse 92 / 4052 Basel / 061 311 39 60 / info@st-h.ch / straumannhipp.ch

Unsere Fraktion ist aktiv

Erich Bucher, FDP-Fraktionspräsident



Seit Beginn der neuen Legislatur ist unsere Fraktion sehr aktiv. Zwar fehlt uns im Tagesgeschäft David Jenny, weil er als Grossratspräsident amtiert (und zwar ausgezeichnet!), aber die anderen sechs Mitglieder üben in Kommissionen und im Rat eine konstruktive Oppositionsrolle aus.

Dauerthema Corona

Die Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend vereinfachte Erweiterung der Restaurations-Aussenflächen zur Covid-Prävention (Gastro-Parklets) wurde von allen Parteien unterstützt und stillschweigend in der Aprilsitzung der Regierung überwiesen. Wir warten jetzt auf den Vorschlag des Regierungsrates.

Elektromobilität braucht Ladestationen

Die FDP-Fraktion unterstützt den Vorschlag der UVEK zur Elektromobilität. Viel Anerkennung gab es auch in den Medien für die Rede von FDP-Grossrat Beat Braun (siehe Blog unter fdp-bs.ch). Viele möchten ein Elektroauto kaufen, sind aber unsicher. Laut einer TCS-Studie haben rund 50% der Schweizer angegeben, dass sie gerne ein Elektroauto kaufen würden. 40% der Befragten haben aber auch gesagt, sie würden kein Elektroauto kaufen, weil es zu wenig Ladestationen gibt. Diesem Umstand wird nun Abhilfe geschaffen.

Elektroautos sind mittlerweile nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll. Die Angebotspalette wird von den Automobilherstellern ständig um attraktive Modelle erweitert. Die FDP-Fraktion steht darum voll hinter dem Entscheid des Grossen Rates, welcher der Regierung den Auftrag gibt, in den nächsten fünf Jahren 200 Ladestationen auf öffentlichem Grund zu installieren.

Auch die Überweisung einer ergänzenden Mo-

tion an die Regierung, welche einen grösseren Ausbau der Ladeinfrastruktur sowie ein passendes Finanzierungsmodell beinhaltet, befürwortet die FDP. Wer sich zukünftig für ein Elektroauto entscheidet, soll dieses auch ohne privaten Einstellplatz aufladen können.

Spitalliste und das ominöse Phantomspital

Artikel in der Presse veranlassten mich, eine Interpellation zur Spitalliste und zum geplanten «Phantomspital» an der Gellertstrasse einzureichen. Die Antwort der Regierung:

«Zuerst gilt es festzuhalten, dass es sich nicht um ein «Phantomspital» und auch nicht um eine ungewöhnliche Konstruktion handelt. Das Universitätsspital Basel (USB) hat sich im Zuge der Konzentration seiner medizinischen Leistungen und der bevorstehenden grösseren Neu- und Umbauarbeiten frühzeitig um mögliche und sinnvolle Lösungen gekümmert. Dabei bot sich an, dass die elektive Orthopädie (sogenannte planbare orthopädische Eingriffe) von orthopädischen Not- und Traumafällen getrennt werden sollte. Dies bringt eine bessere Planbarkeit bei den elektiven Eingriffen mit sich und verhindert, dass geplante Operationen verschoben werden müssen. Das USB hat die notwendigen Raumkapazitäten beim Bethesda-Spital vorgefunden und sich dort in eigener Verantwortung eingemietet.»

Die Frage, ob Privatanbieter durch dieses Spital benachteiligt werden, hat sie so geantwortet:

«Der Regierungsrat sieht durch den Standort des USB an der Gellertstrasse keine Privatanbieter eingeschränkt. Sämtliche Bewerbungen für Leistungsaufträge werden im gemeinsamen Planungsprozess nach einheitlichen Kriterien beurteilt.»

Es bleibt ein schaler Beigeschmack. Die Fraktion klärt mit den privaten Spitalanbietern die nächsten politischen Schritte ab.

Parkplätze beim Friedhof Hörnli

Die FDP stand einstimmig wie die anderen Bürgerlichen hinter der Rückweisung des ideologisch unterfütterten UVEK-Vorschlags. Wir sind für die mit Riechen abgestimmte Variante der Regierung. Dank Zustimmung einer sich liberal nennenden Partei (gegen die eigene Regierungsrätin) wurde der Ratschlag leider angenommen. Wir unterstützen das Referendum.

Erich Bucher, Grossrat Grossbasel Ost, Präsident der FDP-Grossratsfraktion

Die Stadt verschönern

In zwei schriftlichen Anfragen an die Regierung hat Grossrat Luca Urgese die Attraktivität des Marktplatzes und die vielen Sprayereien in der Stadt zu Themen gemacht.



Sondereffort wegen Sprayereien nötig

Subjektiv besteht der Eindruck, dass die Sprayereien wieder zugenommen haben. Er fragt, ob die Regierung nicht auch der Ansicht sei, dass wieder einmal ein Sondereffort für deren Entfernung unternommen werden sollte.

Attraktivität des Marktplatzes erhöhen

Der Marktplatz ist einer der schönsten Orte in der Stadt. Luca Urgese fragt die Regierung, ob zur Erhöhung der Attraktivität jetzt die Veloständer permanent auf der Süd- statt wie bisher auf der Nordseite des Platzes angelegt werden könnten – ohne die Anzahl Abstellplätze zu reduzieren. Und weiter, ob die bisher für Veloständer genutzte Fläche neu für Boulevard-Restaurations dienen könnte.

Vorwärts mit 5G

Schlüsseltechnologie wichtig für Basel-Stadt

Die Schweiz hat in letzter Zeit ihre führende Rolle beim Ausbau des 5G-Netzes eingebüsst. 5G ist eine Schlüsseltechnologie und führt zu einem Entwicklungsschub in vielen Bereichen von Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung. Leider wird der Ausbau jedoch in vielen Städten unter rot-grüner Führung verschleppt – auch bei uns. Dagegen wehren sich FDP Urban und die FDP-Stadtparteien. Einwohner, Unternehmen, Hochschulen und die öffentliche Verwaltung sollen von einer raschen Entwicklung eines leistungsfähigen 5G-Netzes profitieren. Eine landesweiten Abdeckung trägt zur Sicherung und Entwicklung des Innovations- und Wirtschaftsstandorts Schweiz und Basel-Stadt bei. Neben der Bundesebene sind die Kantone ebenso wie die Städte und Gemeinden gefordert, die Versäumnisse zu beseitigen. Wir fordern den Regierungsrat auf, zu prüfen, wo er auf kantonaler Infrastruktur geeignete Standorte für 5G-Antennen zur Verfügung stellen will. Es kann nicht sein, dass Basel-Stadt hinterherhinkt.

Parteitag wieder digital

2. Parteitag vom 26. April und 10. Mai

Weil es viele Abstimmungsvorlagen plus die Traktanden mit Wahlen bei der Generalversammlung abzuarbeiten galt, entschloss sich der Vorstand, den 2. Parteitag des Jahres 2021 auf zwei Daten aufzuteilen. Das hat gut geklappt, und Luca Urgese verdient ein Kompliment für die souveräne Leitung.

1. Teil vom 26. April – Parolenfassungen

Luca Urgese durfte rund 50 Teilnehmende an den Bildschirmen zur Parolenfassung begrüßen. Es ging um fünf eidgenössische Vorlagen und eine kantonale Vorlage mit Gegenvorschlag.

Trinkwasser- und Pestizid-Initiativen

Alt Grossrat **Stephan Mumenthaler** stellte das Für und Wider der beiden Initiativen vor. Er zeigte die grossen Nachteile für die Landwirtschaft und die Schweiz auf. Ohne Diskussion und mit nur einer Gegenstimme wurde für die extremen Initiativen wuchtig die Nein-Parolen bestimmt.

Covid-19-Gesetz

Die Argumente, welche für oder gegen dieses Gesetz sprechen, wurden von alt Grossrat **Daniel Stolz** ausführlich dargelegt. Eine klare Mehrheit lehnte das Referendum ab und beschloss das Ja.

CO₂-Gesetz

Zerina Rahmen von der FDP Riehen und **Patrick Erny** vom Vorstand brachten die Argumente Pro und Contra zu diesem hochaktuellen Gesetz vor. Die Abstimmung ergab fast Stimmengleichheit, worauf der Antrag von **Stephan Mumenthaler** auf Stimmfreigabe knapp mit 20:19 abgelehnt wurde. Somit obsiegte die Nein-Parole.

Terrorismus-Gesetz

Die beiden Jungfreisinnigen **Michael Maurer** (Ja) und **Nicolai Bleskie** (Nein) präsentierten die beiden Seiten zum Terrorismus-Gesetz. Es ging um die Abwägung Sicherheit versus Freiheit. Die Abstimmung ergab ein relativ enges Ergebnis für ein Ja. Daraufhin hat alt Grossrat **Max Pusterla** statutengerecht den Antrag auf Stimmfreigabe gestellt. Es blieb aber mit 18:13 beim Ja.

Mindestlohn-Initiative und Gegenvorschlag

Thomas Meyer, FDP Riehen und Mitinhaber eines KMU, hatte die Aufgabe übernommen, den digital Anwesenden aufzuzeigen, weshalb sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag für die Wirtschaft insgesamt, aber auch für Betroffene schädlich ist. Mehr dazu lesen Sie

auf Seite 3 dieses *Basler Freisinns*. Die beiden Abstimmungen ergaben bei nur einer Gegenstimme die Nein-Prole zur Initiative und zum Gegenvorschlag des Grossen Rats. Bei der Stichfrage – falls beide Anliegen angenommen würden – wurde klar für den Gegenvorschlag votiert.

2. Teil vom 10. Mai – Generalversammlung

Zur ordentlichen Generalversammlung mit Wahlen begrüßte **Luca Urgese** rund 90 Mitglieder. Dazu konnten Gäste auf Youtube in einem Stream dem Anlass folgen. Protokoll und Jahresbericht wurden einstimmig genehmigt. Der Präsident verabschiedete sich mit einer Rede, und **Baschi Dürr** dankte ihm herzlich im Namen der Partei für seinen grossen Einsatz.

Die Rechnung 2020 und das Budget 2021 wurden von Finanzchefin **Eva Jenisch** vorgestellt und genehmigt. Ebenso wurde dem Vorstand die Entlastung gewährt. Die Arbeit der bisherigen Revisorin **Sabine Hottinger** wurde verdankt. Als neuer Revisor wurde **Nico Baumgartner** gewählt.

Wie vom Vorstand vorgeschlagen, bleiben die Mitgliederbeiträge unverändert.

Vor den Wahlen wurden zwei Statutenänderungen genehmigt. Die erste Änderung erlaubt es, Parteianlässe digital durchzuführen. Die zweite Anpassung garantiert den Jungfreisinnigen und den FDP Frauen je einen fixen Sitz im Vorstand.

Nachdem der Präsident die Wahlprozedur im Detail erklärt hatte, konnten die Kandidierenden sich jeweils kurz vorstellen.

Bei der Präsidentenwahl wurde wie von der Findungskommission vorgeschlagen **Johannes Barth** mit grossem Applaus gewählt. Ebenso mit Applaus gewählt wurden zur Vizepräsidentin **Eva Biland**, zum Vizepräsidenten **Elias Schäfer** und zur Finanzchefin **Eva Jenisch**.

Nicht gewählt werden musste **Erich Bucher**, da er als Chef der FDP-Grossratsfraktion fix Einsitz im Vorstand hat.

Da für die 6 offenen Beisitzerpositionen 8 Kandidaturen vorlagen, musste eine geheime Wahl durchgeführt werden. Auch dies gelang digital sehr gut. Bereits im 1. Wahlgang wurden alle sechs vom neuen Präsidium vorgeschlagenen Kandidierende gewählt: **Mathis Heuss**, **Christoph Holenstein**, **Richard Hubler**, **Isabelle Mati**, **Silvia Schweizer**, **Dominik Tschudi**.

Zu guter Letzt wurden noch die Delegierten gewählt (siehe Seite 9).

Der scheidende Präsident gratulierte allen Gewählten und wünschte ihnen gutes Gelingen.

Parolen

Wir empfehlen Ihnen diese Parolen für die Abstimmungen vom 13. Juni 2021:

Eidgenössische Vorlagen

Trinkwasser-Initiative: Volksinitiative für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung **NEIN**

Pestizid-Initiative: Volksinitiative für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide **NEIN**

Covid-19-Gesetz: Bundesgesetz zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie **JA**

Terrorgesetz: Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terror **JA**

CO₂-Gesetz: Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen **NEIN**

Kantonale Vorlagen

Mindestlohn: Kantonale Mindestlohninitiative «Kein Lohn unter 23» sowie Gegenvorschlag **2x NEIN**
Stichfrage: **Gegenvorschlag**

Agenda

Montag, 16. August 2021 **3. Parteitag 2021**
Montag, 25. Oktober 2021 **4. Parteitag 2021**

Wir hoffen, die nächsten beiden Parteitage wieder einmal in einem Saal abhalten zu können. Persönlich geht es einfacher. Ein Apéro mit Ihnen wäre toll!

Initiative

FDP für Initiative zur Verkleinerung der Regierung und zur Abschaffung des Präsidialdepartements

Am Parteitag vom 26. April durfte Mitinitiant und Gast **Robert Schiess** der Versammlung die Initiative «*Abschaffung des Präsidialdepartements und Reduktion der Anzahl der Mitglieder des Regierungsrats von 7 auf 5 Mitglieder*» vorstellen. Wir haben vor rund zwei Jahren im neuen Parteiprogramm die Reduktion auf fünf Regierungssitze aufgenommen. Das Thema, das seinerzeit alt Regierungsrat **Jörg Schild** vorbrachte, stiess bei der Mehrheit der Teilnehmenden auf Zustimmung. Wir werden somit die Initiative unterstützen.

Bewegung in den Sektionen

Ein Überblick über die Änderungen

FDP Frauen

Neuer Vorstand soll sich konstituieren

Auch bei den FDP Frauen Basel-Stadt wird im Hinblick auf die nächsten Wahlen ein Neubeginn stattfinden. An der Generalversammlung nach den Sommerferien werden Präsidentin **Nadine Gautschi** und Finanzchefin **Dominique Martin** sowie Beisitzerin **Carla Sorato** zurücktreten. Derzeit laufen Bemühungen, auf die GV einen neuen Vorstand zusammenzustellen, der die weiteren Aktivitäten der FDP Frauen Basel-Stadt für die kommenden Jahre planen soll. Mehr dazu dann in der nächsten Ausgabe des *Basler Freisinn*.

Jungfreisinnige

Wechsel im Vorstand der JFBS

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt (JFBS) haben seit Mitte Februar ihren Vorstand neu besetzt. **Titus Hell** übergab dabei das Präsidium an **Dominik Scherrer**. Vizepräsident wurde **David Mumenthaler**. Die ehemaligen Vorstandsmitglieder **Nicolas Rotzler** (Vizepräsident) sowie **David Pavlu** (Beisitzer) traten gemeinsam mit Titus Hell zurück. Neu im Vorstand der JFBS sind mit **Milena Vidali** (Events) und **Nicolai Bleskie** (politische Planung) zwei sehr engagierte Mitglieder. Der JFBS-Vorstand der JFBS setzt sich neu wie folgt zusammen: **Dominik Scherrer** (Präsident), **David Mumenthaler** (Vizepräsident), **Leon Gaugler** (Kassier), **Dimitri Gutzwiller** (Sekretär), **Jonas Lüthy** (Web und Social Media), **Nicolai Bleskie** (politische Planung) und **Milena Vidali** (Events).

Bitte um Unterstützung für Renteninitiative

Der Jungfreisinn Schweiz lancierte die sogenannte Renteninitiative. Kurz zusammengefasst will die Renteninitiative mittelfristig das Rentenalter 66 für beide Geschlechter und langfristig eine Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung. Damit soll sie die Renten der Zukunft sichern. Wir haben auf nationaler Ebene bereits über 90 000 Unterschriften gesammelt. Auch im Kanton Basel-Stadt sammeln wir fleissig weiter und es kommen täglich mehr Unterschriften zusammen. Wir sind auf einen guten Weg, benötigen auch Ihre Unterstützung und Unterschrift, liebe Freisinnige. Besten Dank!

Dominik Scherrer, Präsident JFBS

FDP Riehen-Bettingen

Erfolgreich bei den Wählerstimmen

Corona, Corona, Corona – auch für die FDP Riehen-Bettingen war es ein spezielles Jahr. Entgegen der nationalen und kantonalen Stimmungslage konnte die FDP Riehen-Bettingen bei den letzten Grossratswahlen um 2,7 Prozentpunkte zulegen (von 11,3% auf 14,0% Anteil) und den Sitz von **Andreas Zappalà** gut verteidigen. Leider verpassten wir jedoch knapp den zweiten Sitz. Ein Grund für den Erfolg der FDP Riehen-Bettingen könnte sicherlich die starke, in Geschlecht sowie Alter ausgewogene Liste gewesen sein. Diesen positiven Trend möchten wir bei den kommenden Gemeinderats- und Einwohnerratswahlen in Riehen im Frühjahr 2022 fortsetzen.

Veränderungen im Vorstand

Zugleich stellt sich auch der Vorstand der FDP Riehen-Bettingen neu auf. Der Generalversammlung werden als neue Vorstandsmitglieder **Pascale Alioth**, **Barbara Näf**, **Zerina Rahmen**, **Bernhard Regli** und **Dominik Tschudin** vorgeschlagen. **Stephan Villiger** (Kassier) und **Carol Baltermia** (Präsident) bleiben im Vorstand. Zusätzlich werden **Christine Locher** und **Bruno Mazzotti** den neuen Vorstand mit ihrer grossen Erfahrung und ihrem politischem Know-how beratend unterstützen. Verabschieden müssen wir uns leider von **Sarah Cruz-Wenger**, **Michelle Borner** und **Denise Gilli**. An dieser Stelle bereits ein grosses Dankeschön für das Engagement. Mit dem neuen Vorstand versuchen wir von der FDP Riehen-Bettingen, mit frischem Wind die Ziele anzugehen. Insbesondere wollen wir einen Erfolg bei den Gemeinderats- und Einwohnerratswahlen erzielen.

Carol Baltermia, Co-Präsident FDP Riehen

Hörnli-Referendum eingereicht!

Die FDP Riehen hat mit anderen Unterschriften gesammelt für das Referendum gegen den Grossratsbeschluss betreffend Reduktion der Parkplätze beim Friedhof Hörnli. Innert kurzer Zeit unterschrieben über 4000 Personen. Gratulation! Der Abstimmungstermin steht noch nicht fest.

FDP Kleinbasel

Das Kleinbasel im Wandel

Das Kleinbasel befindet sich im Veränderungsprozess. Zahlreiche Transformationsareale bieten Platz für neue Einwohnerinnen und Einwohner sowie zahlreiche Arbeitsplätze. Der Rhein wird noch mehr zum Begegnungsort und ganze Quartiere verändern sich. Solche Veränderungen bieten viele Chancen, können aber auch Ängste auslösen. Die FDP Kleinbasel bekennt sich zur Innovation und zum Fortschritt. Die Entwicklung des Kleinbasels muss aber auch mit Verständnis und Respekt gegenüber der heutigen Bevölkerung und dem Gewerbe erfolgen.

Danke, Peter Bochsler!

So wie das Kleinbasel verändert, ändert sich auch die FDP. Wir haben im Kleinbasel leider den Grossratssitz von **Peter Bochsler** verloren. Das schmerzt sehr, denn Peter hat sich in den vergangenen Jahren und zuletzt auch im Wahlkampf mit grossem Engagement für die Partei eingesetzt.

Neue Vorstandsmitglieder



Chris Hess (oben links), Urs-Ulrich Katzenstein (oben rechts), Chris Leduc (unten links) kandidieren für den Vorstand FDP Kleinbasel.

Die kommenden Jahre stehen bei der FDP Kleinbasel im Zeichen der Neuausrichtung. Wir stellen die Weichen für die Zukunft und werden den Vorstand mit engagierten Persönlichkeiten ergänzen und verjüngen. Für den Vorstand kandidieren an der nächsten Generalversammlung vom 7. Juni **Chris Hess**, **Urs-Ulrich Katzenstein** sowie **Chris Leduc**. Weitere interessierte Damen und Herren, die sich in unserem Vorstand engagieren möchten, dürfen sich gerne bei mir melden.

Daniel Seiler, Präsident FDP Kleinbasel

FDP Grossbasel West

Durchatmen nach dem Wahlkampf

Das Jahr 2020 war zum einen geprägt durch die Einschränkungen wegen der Covid-19-Situation, und zum anderen führten wir einen intensiven Wahlkampf für die wichtigen Gross- und Regierungsratswahlen, die leider trotz aller Bemühungen mit einem Sitzverlust endeten. **Karin Sartorius-Brüschweiler** und **Luca Urgese** wurden sehr gut wiedergewählt. Leider verpasste **Christian Moesch** trotz gutem persönlichem Resultat die Wahl. Wir danken ihm herzlich für seinen Einsatz für den Westen.

Veränderungen im Vorstand

Innerhalb unserer Sektion galt es, den Vorstand nach diversen Veränderungen zu erneuern und zu stärken. An der Mitgliederversammlung vom 10. November 2020 gab es folgende Neuzugänge im Vorstand: **Ivo Dändliker**, **Vojin Rakic**, **Stefan Inderbinnen** und **Andreas Achermann**. Per Ende 2020 trat **Daniel Vicentini** als Präsident der FDP Grossbasel West zurück. Vielen Dank für deinen Einsatz als Präsident und Wahlkampfleiter, lieber Daniel!

Doppelspitze soll neuen Schwung bringen

Der Vorstand hat sich an verschiedenen Sitzungen mit der Neubesetzung des Präsidiums beschäftigt. **Baykan Oezmen** und **Vojin Rakic** sind erfreulicherweise bereit, die FDP Grossbasel West im Co-Präsidium zu führen Ihre Wahl soll an der Mitgliederversammlung 2021 erfolgen.



Der Vorstand des Westens von links nach rechts: **Vojin Rakic**, **Andreas Aste**, **Karin Sartorius**, **Luca Urgese**, **Ivo Dändliker**, **Stefan Inderbinnen**.
Es fehlen: **Andreas Achermann**, **Baykan Oezmen**.

Wir wollen aktiver werden

Im Jahr 2021 möchten wir im Grossbasel West noch aktiver werden und damit die Wahrnehmung in den Quartieren steigern. Dazu gehört auch der Stammtisch, welcher am ersten Dienstag des Monats im Restaurant «Milchhüsli», Café Bar, Missionsstrasse 61, ab 17 Uhr stattfindet. Weitere Anlässe wie die Reaktivierung des beliebten «Grill am Rhy» sind bereits in der Planung.

Vorstand FDP Grossbasel West

FDP Grossbasel Ost

Trotz grossen Einsatzes zu wenig Erfolg

Nach einem sehr engagierten Wahlkampf mit einer starken Liste (10 Frauen von 27 Kandidaturen), vielen Standaktionen und mit Door2Door-Werbung war das Resultat leider alles andere als erfreulich. Nach den zwei Sitzverlusten 2016 waren wir mit dem Ziel, einen Sitz wieder zurückzuerobieren, in den Wahlkampf gestartet. Leider ging die Rechnung trotz vollen Einsatzes aller (Bild unten) nicht auf, wir haben einen Sitz im Osten verloren. Unsere Grossräte haben dafür wichtige Positionen inne: **David Jenny** ist derzeit Grossratspräsident, und **Erich Bucher** führt die FDP-Fraktion.



Gestärkt und mit Zuversicht in die Zukunft

Nach einer Phase der Reflektion und Analyse gehen wir nun aber gestärkt in die Zukunft. Wir sind glücklich, dass wir trotz vier Rücktritten unseren Vorstand verstärken. Doch zuerst gilt unser Dank den Zurücktretenden **Nadine Gautschi**, **Dominique Martin**, **Daniel Brunner** und **Fabrice Lanz**, welche in den letzten Jahren mit viel Einsatz und Motivation zum Erfolg unserer Sektion beigetragen haben. Bei unserer Online-Mitgliederversammlung vom 10. Juni werden wir unseren Mitgliedern für die folgenden 4 Jahre folgende neue Zusammensetzung vom Vorstand vorstellen:

Präsidium: **Isabelle Mati** & **David Friedmann** (bisher); Vizepräsident: **Toni Calabretti** (bisher); Kassier: **Joel Schreyer** (bisher); Sekretär: **Michael Maurer** (neu); Beisitzerinnen und Beisitzer: **Tamara Alu** (neu); **Fabienne Beyerle** (bisher); **Patricia von Escher** (bisher); **Milena Vidali** (neu); **Erich Bucher** (Grossrat); **Christophe Haller** (neu, vorher als Grossrat); **David Jenny** (Grossrat); **Jeremy Nakyabe** (neu); **Dominik Scherrer** (neu); **Rafael Zeugin** (neu).

Arbeit in den Quartieren forcieren

Mit dem verstärkten Vorstand wollen wir in Zukunft noch vermehrt in den einzelnen Quartieren unserer Sektion politisch aktiv werden. Es gibt viel zu tun, packen wir es an!

Mitgliederversammlung digital, Fest im Spätsommer

Wegen Corona müssen wir die Mitgliederversammlung online durchführen, planen aber für den Spätsommer (Ende August oder September) ein grosses Zusammentreffen unserer Mitglieder bei Speis und Trank. Danach sehnen wir uns alle!

Isabelle Mati & David Friedmann, Co-Präsidium

Gerichte

Das sind die FDP-Mitglieder, welche in die Gerichte gewählt wurden:

Volkswahlen in Präsidien

Appellationsgericht: Liselotte Henz

Strafgericht: Sarah Cruz-Wenger

Stille Wahlen in Präsidien

Strafgericht: Dorrit Schleiminger Mettler

Zivilgericht: Salome Wolf

Sozialversicherungsgericht: Gregor Thomi

Wir gratulieren allen Gewählten und wünschen ihnen Erfüllung im wichtigen Amt.

Die ordentlichen Richter werden vom Grossen Rat in der Oktober-Sitzung gewählt.

Delegierte

Unsere Vertretung bei der FDP Schweiz

Alle zwei Jahre wählt die Basler FDP ihre Vertretung in der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz neu. Die Delegation aus Basel-Stadt wird von der FDP und der LDP zusammengestellt. Für die neue Amtsdauer stehen der FDP sechs Sitze zu.

Danke für den Einsatz

Für ihren bisherigen Einsatz als Delegierte danken wir sehr herzlich diesen Personen:

Dominik Tschudi (Leitung), **Iman Ahmed**, **Peter Bochsler**, **Murat Kaya**, **Urs Keller**, **Simon Lauper**, **Serge Meyer**.

Gratulation zur Wahl

Diese Personen wurden an der GV als Delegierte für die nationalen FDP-Parteitage gewählt:

Erich Bucher, **Bruno Cortellini**, **Patrick Flad**, **Titus Hell**, **Michael Morvay**, **Elias Schäfer**. Die Ersatzdelegierten werden vom Vorstand ernannt.

Brennende Themen?

Haben Sie ein Thema, ein politisches Anliegen, das Sie gerne durch den Vorstand und eventuell die Fraktion behandelt hätten? Zögern Sie nicht, uns das mitzuteilen. Wir sind offen für jedes Thema und nehmen Ihre Anregungen gerne entgegen unter info@fdp-bs.ch.



IT-Unternehmen setzt auf Umweltschutz

Talus AG nimmt Verantwortung wahr

Michael Hänzi, Mitinhaber der Talus Informatik AG (Talus), unterstützt das CO₂-Gesetz. Für den Unternehmer ist klar, dass Anreize für umweltfreundliches Verhalten viel bewirken können. So produziert das Berner Unternehmen einen Drittel seines Strombedarfs selbst.

Einen Stuhl, einen Schreibtisch, einen PC, ein (damals klobiges) Handy und etwas Aktienkapital. Das war die Mitgift, die man mitbringen musste, wenn man Ende 1994 zu den Gründern der damaligen Tankred – Dienstleistungen für Verwaltungen AG (heutige Talus) – gehören wollte. Zwölf Gründer wagten den Schritt in die Selbstständigkeit und legten den Grundstein für das Informatikunternehmen, das heute gut 100 Mitarbeiter zählt. Zu den Initianten gehörte auch Michael Hänzi. Der heutige Mitinhaber und Verwaltungsrat hat die Entwicklung von der kleinen IT-Firma zum Anbieter für IT-Gesamtlösungen miterlebt und mitgeprägt. Heute zählt die Talus, die im bernischen Seedorf beheimatet ist, zahlreiche Gemeinden, Städte und Energieversorger zu ihren Kunden, die

aus der ganzen Deutschschweiz und dem Tessin stammen. «Eigentlich wollten wir nie wachsen», sagt Hänzi. «Um der steigenden Anzahl Kunden ausreichenden Service zu bieten, wurden mehr Mitarbeiter nötig, und das führte schliesslich zur heutigen Grösse.»

Umweltschutz seit 1994

Der Firmenmitbegründer führt engagiert durch seinen geräumigen Betrieb und nimmt gerne zwei Treppenstufen auf einmal. Wegen der Homeoffice-Pflicht sind die meisten Mitarbeiter nicht anwesend. In normalen Zeiten können sie aber von einer Kantine und Aufenthaltsräumen profitieren. Pingpongische und gelbe Wände erinnern entfernt an einen etwas grösseren Techkonzern. «Wir wurden



Michael Hänzi, Mitinhaber der Talus Informatik AG.

auch schon als Google aus dem Seeland bezeichnet», sagt Hänzi lachend.

In den 27 Jahren seit der Gründung der Talus hat sich die IT-Welt fundamental gewandelt. Nicht verändert hat sich bei der Talus die Haltung, umweltschonend zu handeln. Bereits in den Unternehmensgrundsätzen von 1994 stand: «Wir wollen im

Drei Unternehmer für das CO₂-Gesetz



«Mit diesem Gesetz holen wir mehr Wertschöpfung in die Schweiz und senken gleichzeitig den CO₂-Ausstoss.»

Michael Schär
Stv. Geschäftsführer Hector Egger Holzbau



«Die Zeit ist reif für das CO₂-Gesetz. Der langfristige Nutzen ist grösser als mögliche Einschränkungen.»

Daniel Arn
CEO Hans Christen AG



«Das CO₂-Gesetz sorgt für Investitionen in der Schweiz, die dem Gewerbe und lokalen Firmen zugutekommen.»

Martin Flury
Meisterlandwirt

Rahmen unserer Möglichkeiten die Umwelt schonen und mit den begrenzten Ressourcen sorgfältig umgehen.» Diesen Grundsatz hat das Unternehmen seither beherzigt und auf verschiedenste Weise umgesetzt. In den letzten Jahren liess die Talus ihre Räumlichkeiten analysieren und nahm verschiedene energetische Sanierungen vor. Dank diesen Verbesserungen und einer Photovoltaikanlage auf dem Dach, die jährlich ca. 424 000 kWh produziert und damit einen Drittel des Strombedarfs des Unternehmens abdeckt. «Dank unserem erfreulichen Geschäftsgang in den letzten Jahren konnten wir uns diese Investitionen leisten und unsere Umweltbilanz verbessern», sagt Hänzli. Wenn es um den Energieverbrauch geht, steht die IT-Branche weniger im Fokus als andere. Dabei sind die rund 900 Server, die bei der Talus im Keller stehen, auch energieintensiv. Das Unternehmen setzt für die Kühlung des Rechenzentrums auf eine sogenannte Free-Cooling-Anlage, die mit geringem Energieaufwand die Umgebungskälte nutzt.

Support für das CO₂-Gesetz

Für Hänzli ist klar, dass Unternehmen eine Verantwortung haben, die über Gewinnzahlen hinausgeht. Deshalb unterstützt Hänzli auch das revidierte CO₂-Gesetz, das am 13. Juni zur Abstimmung kommt. «Für mich ist zentral, dass mit Anreizen statt Verboten operiert wird. Dadurch gedeihen Innovation und Technologie am besten», betont Hänzli. Ein absolutes Verbot von Ölheizungen wäre aus seiner Sicht beispielsweise übertrieben, da es topografische Gegebenheiten gebe, die Alternativen verunmöglichen würden.

Als ehemaliger FDP-Gemeinderat von Wohlen bei Bern kennt Hänzli nicht nur die unternehmerische Position, sondern auch die Politik gut. «Die öffentliche Hand hat genauso eine Verantwortung wie die Unternehmen. Ein Miteinander ergibt gute Lösungen», ist Hänzli überzeugt. Mit dem CO₂-Gesetz würden die Grundlagen dafür geschaffen. Der Unternehmer setzt sich auch dafür ein, dass die Talus ihr Engagement im Umweltbereich fortsetzt:

«Green IT ist immer mehr ein Verkaufsargument.» Für Hänzli ist klar: «Wirtschaftlich und nachhaltig denken muss kein Widerspruch sein.»

Marco Wölfli

Blueprints.ch

Auf der neuen Plattform Blueprints.ch hält die FDP ihr Engagement in Sachen Umwelt- und Klimapolitik fest. Dazu zählen nicht nur Aktionen auf Bundesebene, sondern auch in den Kantonen und Gemeinden. Neu ist der Bereich Blue KMU, wo Porträts von innovativen, nachhaltigen (und liberalen) Unternehmen zu finden sind. Halten Sie Ihre Smartphone-Kamera auf den QR-Code und Sie gelangen direkt auf Blueprints.ch.



«Eine florierende Wirtschaft funktioniert nur mit gesunden Menschen in einer gesunden Umwelt.»

Reformen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft sind bereits aufgegleist.



Konstruktive Lösungen statt Skandalisierung

Extreme Agrarinitiativen schiessen über das Ziel hinaus

Die Agrarinitiativen, über die wir am 13. Juni abstimmen, rücken die Schweizer Landwirtschaft noch mehr als sonst in den Fokus der öffentlichen Debatte. Das düstere Bild, das von der Landwirtschaft gezeichnet wird, ist vor allem Abstimmungspolemik und dient der Skandalisierung. Zeit also für einen Schritt zurück und den Blick auf konstruktive Lösungen zugunsten einer zukunftsfähigen Landwirtschaft.

Seit geraumer Zeit häufen sich die negativen Berichterstattungen rund um unser Trinkwasser. Zu lesen ist von überschrittenen Grenzwerten, zu hohen Antibiotikarückständen oder der Überdüngung unserer Böden. Diese Erkenntnisse und Risiken sind ernst zu nehmen und mit geeigneten Instrumenten zu begegnen. Wir alle wollen eine Schweiz mit gesundem Trinkwasser und gesunden Lebensmitteln – und ich persönlich bin nicht bereit, weder auf das eine noch auf das andere zu verzichten. Klar ist aber auch, dass die Initianten aus strategischem Kalkül diese Berichterstattung

zugunsten ihrer Anliegen nutzen. Die daraus entstehende Polemik soll Unsicherheit und Angst wecken – um die Abstimmungen zu gewinnen. Auf der Strecke bleiben dabei leider zu oft die sorgfältige Auseinandersetzung mit den Fakten. Denn diese sind bei weitem nicht so skandalbehaftet und

rechtfertigen es, beide Initiativen zu verwerfen, weil sie klar über das Ziel hinausschiessen.

Signifikante Verbesserungen erzielt

Die vielen positiven Entwicklungen werden in der Debatte ausgeblendet: Allein in den letzten zehn Jahren ging der Verbrauch an chemischen Mitteln für die konventionelle Landwirtschaft um 40 Prozent zurück. Auch insgesamt ist der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im selben Zeitraum um 27 Prozent gesunken.

Wichtig zu wissen: Alle verwendeten Pflanzenschutzmittel sind von den Behörden offiziell zugelassen, und es gibt ständige, strenge Kontrollen. Wird also zum Beispiel im EU-Raum ein Pflanzenschutzmittel verboten, weil es als gesundheit-

«Die vielen aufgegleisten Massnahmen zeigen: Bund und Parlament ist es ernst.»

lich als gefährlich eingeschätzt wurde, hat das direkte Konsequenzen auf die Zulassung in der Schweiz. Auch das Trinkwasser wird behördlich überwacht und hat im internationalen Vergleich einen der höchsten Standards. Wir können unser Hahnenwasser bedenkenlos trinken – heute wie auch morgen.

Lebensmittelgesetz setzt hohe Standards

Der Gesetzgeber stellt mit dem Lebensmittelgesetz (LMG) ein griffiges Instrument für sauberes Trinkwasser und Lebensmittel bereit. Dort gilt «Wasser für den menschlichen Konsum» als Lebensmittel. Darin legt der Bund auch Rückstandshöchstgehalte von Pestiziden und Nitrat fest, bei deren Einhaltung Lebensmittel inklusive Trinkwasser als gesundheitlich unbedenklich gelten. Stellt die Vollzugsbehörde gesundheitsschädliche Überschreitungen fest, hat es mit Art. 34 LMG die notwendigen Instrumente, um rasch zu handeln.

Handlungsbedarf erkannt und korrigiert

Es ist aber nicht so, dass sich die Politik und die zuständigen Behörden mit den jetzigen Erfolgen oder Standards zufriedengeben. Darum nimmt etwa die parlamentarische Initiative 19.475 «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» die Kernanliegen der Initiativen direkt auf. Bis 2027 sollen die mit Pflanzenschutzmitteln verbundenen Risiken für Oberflächengewässer, naturnahe Lebensräume und als Trinkwasser genutztes Grundwasser um 50 Prozent reduziert werden – der Bundesrat kann zudem den weiteren Absenkpfad festlegen. Bei einer Grenzwertüberschreitung verliert das betreffende Produkt seine Zulassung. Hier wurde ein zentrales Anliegen der Initianten aufgenommen. Nicht zuletzt zeigt der «Massnahmenplan sauberes Wasser», der die parlamentarische Initiative genauer definiert und aktuell in der Vernehmlassung ist, dass es dem Bundesrat ernst ist.

Ein weiteres Beispiel ist der Aktionsplan zur Risikoreduktion und nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Damit sollen die Risiken halbiert und Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz gefördert werden. Bereits mit dem Start des Aktionsplans Pflanzenschutz im Jahr 2017 haben die Behörden zahlreichen Wirkstoffen die Zulassung entzogen. Im Frühling hat das Parlament die Regeln bei der Pestizidzulassung noch weiter verschärft. Mit dem Aktionsplan werden laut einer Prognose des Forschungszentrums Agroscope des Bundesamtes für Landwirtschaft in fünf Jahren 45 Prozent der freien Flächen und Felder mit mehrjährigen Kulturen pestizidfrei. Das ist schneller und konkreter umsetzbar als mit den extremen Agrarinitiativen – und führt zu weniger unerwünschten Nebeneffekten.

«Die Schweiz hat im internationalen Vergleich einen der höchsten Standards in der Lebensmittelqualität und beim Trinkwasser.»

AP22+ als Chance für die Schweizer Landwirtschaft

Die FDP hat alle diese bereits ergriffenen Massnahmen unterstützt und sich in ihrem Positionspapier vom Sommer 2019 für eine freisinnige Umwelt- und Klimapolitik erneut klar zu einer ökologischeren Landwirtschaft bekannt. Anstatt diese aber mit den extremen Agrarinitiativen mit dem Vorschlaghammer zu forcieren, will die FDP das Ziel mit richtig gesetzten Rahmenbedingungen, Anreizen und mit Technologieoffenheit erreichen. Selbstredend unterstützen wir ebenso die Senkung des Einsatzes der Pflanzenschutzmittel, allerdings wäre ein komplettes Anwendungsverbot dieser Wirkstoffe kontraproduktiv. Es fehlen wirksame Alternativen in diversen Kulturen. Bei einem vollständigen Verzicht wäre die Qualitätsproduktion gefährdet, und es droht eine hohe Resistenzgefahr.

Anstatt zu skandalisieren, will die FDP mehr Zeit in die Weiterentwicklung der Agrarpolitik investieren. Ein zentraler Pfeiler in dieser umfassenden Debatte ist die Agrarpolitik nach 2022 (AP22+). Sie baut auf den vorhergehenden Mass-

nahmen auf und soll einerseits dazu beitragen, die Schweizer Landwirtschaft und insbesondere gesunde Schweizer Lebensmittel und Trinkwasser zu sichern. Andererseits soll sie zur Stärkung der Effizienz der Betriebe und zur Reduktion der Umweltbelastung führen. Die stark kritisierte Aufschubung der Debatte über die AP22+ blendet jedoch aus, dass der ursprüngliche Entwurf bei weitem nicht den Ansprüchen einer umfassenden Weiterentwicklung gerecht wurde. Produktionsentscheide sollen verstärkt auf die Nachfrage der Konsumenten, Selbstverantwortung und Innovationskraft der Landwirtschaft ausgerichtet werden. Es war darum richtig, für die AP22+ eine Gesamtschau zur zukünftigen Ausrichtung der Agrarpolitik mit der vertieften Prüfung von Verbesserungsmöglichkeiten zu fordern. Nur so können die Weichen für eine zukunftsgerichtete Schweizer Landwirtschaft mit einer qualitativ hochstehenden Produktion in einem wettbewerbsfähigen Umfeld gestellt werden.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL



Die beiden Agrarinitiativen schiessen übers Ziel hinaus.



Rückkehr zur parlamentarischen Normalität?

Entscheidende Geschäfte für die FDP

Nachdem für mehr als ein Jahr die Corona-Krise die Arbeit des Parlaments fast vollends beherrschte, scheinen mit der Sommersession nun wieder andere politische Schwerpunkte in den Vordergrund zu rücken. Eine Rückkehr zur parlamentarischen Normalität ist zumindest absehbar.

Mit dem (langsamen) Fortschreiten der Impfkampagne und dem verheissungsvollen Öffnungsplan des Bundesrats scheint nun endlich Licht am Ende des Tunnels. Der Weg zurück in die Normalität bestimmt aber nicht nur den Alltag, sondern zeigt sich auch daran, dass sich das Schweizer Parlament wieder anderen politischen Schwerpunkten als die Corona-Krise widmet. Für die FDP von grösster Relevanz sind dabei folgende Themen:

Vorsorge

Nach der Erstberatung der AHV21 im Ständerat ist nun der Nationalrat an der Reihe. Es wird auch in der Grossen Kammer absolut zentral sein, dass sich die bürgerlichen Parteien auf eine gemeinsame Lösung einigen. Nur so kann die Angleichung des Rentenalters 65 endlich mehrheitsfähig gestaltet und bezüglich Mehrwertsteuererhöhung vernünftig bleiben. Wie bereits im Ständerat bleibt der grosse Streitpunkt die Ausgleichsmassnahmen für

die Rentenalterserhöhung der Frauen. Dank der FDP konnte sich in der Vorberatung eine bürgerliche Lösung durchsetzen, die die finanziellen Verbesserungen nicht gleich wieder zunichtemacht.

Transparenz

Der vernünftige indirekte Gegenvorschlag zur Transparenz-Initiative befindet sich auf der Zielgeraden. Nachdem im Nationalrat dank der FDP bereits in den letzten Sessionen ein Kompromiss über die Höhe des Schwellenwerts, ab welchem Spenden künftig offengelegt werden müssen, erreicht werden konnte, sind nun in der Sommersession nur noch letzte Differenzen in beiden Räten zu bereinigen. Damit steht dem Gegenvorschlag kaum noch etwas im Weg, um in der Schlussabstimmung angenommen zu werden. Mit der Annahme des indirekten Gegenvorschlags in beiden Räten ist der Rückzug der gefährlichen Volksinitiative in Griffnähe.

Die Sommersession findet vom 31. Mai bis am 18. Juni statt. (Bild: Jane Schmid)

Aufhebung der Industriezölle

Der Bundesrat wie auch die FDP wollen mit der Aufhebung der Industriezölle die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern und die Konsumentinnen und Konsumenten entlasten. Das ist speziell in Zeiten einer Krise absolut entscheidend. Nach dem enttäuschenden Nichteintreten des Nationalrates im Sommer 2020 hat der Ständerat die Abschaffung im Winter 2020 ohne grosse Beratung unterstützt. Die FDP hegt die Hoffnung, dass der Nationalrat sich der Relevanz der Vorlage mittlerweile bewusst geworden ist und auf die Vorlage eintritt sowie in der Gesamtabstimmung zustimmt.

Abschaffung der Stempelsteuer

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats ebnete im April den Weg für eine Wiederaufnahme der Beratungen zur Abschaffung der Stempelsteuer. Die Abschaffung dieser weltweit einzigartigen Abgabe zum Nachteil des Wirtschaftsstandorts Schweiz ist ein jahrelanges Anliegen der FDP, das aus dem Jahr 2009 stammt und aufgrund der Corona-Krise wieder hochaktuell ist. Nun ist es am Ständerat, der Empfehlung seiner vorberatenden Kommission zu folgen und während der Sommersession die Sistierung der Vorlage aufzuheben. Damit wäre die Tür einen Spalt weit offen, um diese veraltete Abgabe endlich abzuschaffen.

Beat Walti

Fraktionspräsident und Nationalrat ZH

Rückblick Sondersession 2021

Die Sondersession im Nationalrat diente wie üblich dazu, die vielen hängigen Geschäfte und Einzelvorstösse abzuarbeiten. Eigentlich ist sie darum seit Jahren zu einer regulären Session geworden. Im Zentrum des Geschehens stand einerseits die Beratung zur Volksinitiative für die Organspende, bei der eine emotionale Diskussion am Ende zu einem doch klaren Entscheid zugunsten einer Widerspruchslösung resultierte. Andererseits stand die Erstberatung des DNA-Profil-Gesetzes auf der Traktandenliste. Wichtigster Streitpunkt war, wie detailliert die Analyse von DNA-Spuren für die Ermittlungsbehörden genutzt werden dürfen. Die FDP konnte dank einer konsequenten Haltung die vielen Angriffe zur Verschärfung der Anwendung erfolgreich abwehren.



Salaternte in Villeneuve, VD. (Bild: istock/makasana)

Mehr Schaden als Nutzen

2 x Nein zu den extremen Agrarinitiativen

Anders als die Initianten suggerieren, sind gesunde Lebensmittel und sauberes Trinkwasser auch bei einem Nein zu den Agrarinitiativen sichergestellt: Bundesrat und Parlament haben bereits griffige Massnahmen beschlossen, die praktikabel sind und rasch wirken. Die FDP lehnt die beiden extremen Initiativen ab.

Die Pestizidverbotsinitiative verlangt ein Verbot von synthetischen Pestiziden in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege. Nicht erklären können die Initianten, weshalb eine Unterscheidung zwischen synthetischen und anderen Pestiziden gemacht und wie sie umgesetzt werden soll. Klar ist hingegen: Diese extremen Produktionsvorschriften führen de facto zu einem Bio-Zwang. Die Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten wird massiv eingeschränkt und die verarbeitende Lebensmittelindustrie gegenüber ausländischen Produzenten empfindlich benachteiligt. Dazu kommt die Verletzung von internationalen Handelsverträgen.

Initiative mit leeren Versprechen

Die Trinkwasserinitiative hingegen fordert, dass nur noch Landwirtschaftsbetriebe Direktzahlun-

gen erhalten, die auf Pestizide und vorbeugenden Antibiotikaeinsatz verzichten. Dieses Anliegen tönt auf den ersten Blick nach einem liberalen Anreizsystem. Nimmt man die Trinkwasserinitiative genauer unter die Lupe, offenbaren sich allerdings gravierende Nachteile. Ein Ja zur Trinkwasserinitiative führte zu einem spürbaren Produktionsrückgang mit steigenden Preisen für Inlandprodukte und zu zunehmendem Import von Lebensmitteln. Der Selbstversorgungsgrad von heute 55 Prozent würde weiter sinken. Schlimmer bezüglich Auswirkungen für die Umwelt: Die grossen Landwirtschaftsbetriebe im Schweizer Mittelland sind heute nur zu einem kleinen Teil von Direktzahlungen abhängig. Wird die Trinkwasserinitiative angenommen, besteht die Gefahr, dass diese Betriebe ganz auf Direktzahlungen verzichten und dafür mit «weniger Ökologie» ihre Erträge optimieren, um die ausfallenden Direktzahlungen

zu kompensieren – das Gegenteil dessen, was die Initiative verspricht.

Für Landwirtschaftsbetriebe mit Tierhaltung wäre die Trinkwasserinitiative besonders gravierend. Landwirtschaftsbetriebe sollen ihre Tiere nur noch mit selbstproduziertem Futtermittel versorgen. Wer Futter zukaufte oder importiert, erhält keine Direktzahlungen. Das ist praxisfremd. Schweine-, Geflügel- und Eierbetriebe sind auf Futtermittelzukauf angewiesen. Auch bei einer Produktion nach Bio-Standards können sie die Voraussetzungen der Trinkwasserinitiative für Direktzahlungen aufgrund der unsinnigen Selbstversorgungsklausel nicht erfüllen. Damit setzt die Initiative falsche Anreize, sie verhindert eine sinnvolle Strukturbereinigung und Arbeitsteilung in der schweizerischen Landwirtschaft.

Nein zur Schwächung des Forschungsstandorts Schweiz

Besonders stossend ist, dass die Förderung von Forschung, Beratung und Ausbildung durch die Trinkwasserinitiative nach ideologischen Vorgaben eingeschränkt wird. Eine Förderung durch den Bund ist nur noch zulässig, wenn dabei eine Landwirtschaft unterstützt wird, die für die Produktion ohne Pestizide, ohne einen prophylaktischen oder regelmässigen Antibiotikaeinsatz auskommt und einen Beitrag zur Biodiversität leistet. Gerade der Antibiotikaeinsatz konnte dank Forschungsprojekten bereits deutlich reduziert werden – das soll auch weiterhin möglich sein.

Der Bundesrat hat griffige Ziele definiert

Bundesrat und Parlament haben den Handlungsbedarf für eine ökologischere Landwirtschaft klar erkannt. Der Bund hat bereits verbindlich griffige Ziele definiert wie die Belastung von Gewässern durch Pestizideinsatz reduziert werden kann. Das Parlament hat in der Frühlingssession die Massnahmen nochmals verschärft und verabschiedet.

Die FDP spricht sich gegen die Agrarinitiativen aus

Die FDP spricht sich deshalb klar gegen die extremen Agrarinitiativen aus. Auch für den Bundesrat sind die Pestizidverbotsinitiative und die Trinkwasserinitiative zu extrem. Denn ihre Forderungen hätten weitreichende negative Folgen: Unsere Wahlfreiheit, Forschung und Innovation würden massiv eingeschränkt.

Beat Wälti

Fraktionspräsident und Nationalrat ZH



Ein ungeeigneter Sündenbock

Ja zum Covid-19-Gesetz

Am Covid-19-Gesetz droht sich die über das letzte Jahr aufgestaute Frustration zu entladen. Es wäre der falsche Prügelknabe. Denn bei einer Ablehnung entfallen auch die wirtschaftlichen Hilfen, die die Unternehmen vor pandemiebedingten Konkursen und Massenentlassungen bewahrt haben.

Die Pandemie schränkt seit mehr als einem Jahr unser Leben ein. Mit zunehmender Dauer nimmt der Unmut in der Bevölkerung zu. Verständlich, denn Covid-19 gefährdet nicht nur die Gesundheit, sondern auch viele Existenzen. Ventil des Frustes ist das Covid-19-Gesetz, das als Prügelknabe für alles herhalten muss. Das ist völlig verfehlt: Denn das Covid-19-Gesetz ist der Rettungsring, der dafür sorgt, dass viele Unternehmen nicht untergehen.

Widerstand beruht auf irrtümlichen Annahmen

Die Gegner des Gesetzes schrecken vor keiner falschen Behauptung zurück. Umso wichtiger ist es darum klarzumachen, was das Covid-19-Gesetz nicht regelt. Schutzmassnahmen und Lockdowns regelt das Epidemiegesetz. Genauso wenig enthält

die Vorlage eine Impfpflicht oder ein Maskenobligatorium. Entgegen den falschen Behauptungen ändert ein Nein am 13. Juni nichts an Schutzmassnahmen und Lockdowns.

Unterstützung für die gebeutelte Wirtschaft

Dahingegen bildet das Gesetz die Grundlage für die dringend notwendigen wirtschaftlichen Unterstützungshilfen für die betroffenen Unternehmen

Das Covid-19-Gesetz bildet die Grundlage für die Unterstützung betroffener Betriebe wie zum Beispiel Restaurants.

und die Bevölkerung. Dazu zählen vereinfachte Kurzarbeitsentschädigungen für Angestellte sowie finanzielle Unterstützung für Unternehmen, insbesondere in den stark gebeutelten Sektoren Gastronomie, Tourismus, Medien, Kultur und Sport. Auch Selbstständigerwerbende erhalten dadurch Anrecht auf eine Entschädigung. Bei einer Ablehnung entfallen diese Unterstützungshilfen nach dem 25. September 2021. Das wäre bei anhaltender Pandemie oder im Falle einer weiteren mutationsbedingten Pandemiewelle nach September 2021 fatal: Konkurse und Massenentlassungen könnten die Folge sein, was die Auswirkungen der Pandemie weiter verschlimmern würde.

Engere Leitplanken für den Bundesrat

Darüber hinaus behaupten die Gegner fälschlicherweise, der Bundesrat würde mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet – das Gegenteil ist der Fall. Wie das? Während der Pandemie musste der Bundesrat die Massnahmen zur Abfederung des wirtschaftlichen Schadens mehrheitlich über notrechtliche Verordnungen erlassen. Diese lassen sinnvollerweise einen erheblichen Freiraum zu. Das Covid-19-Gesetz setzt dem Bundesrat hingegen engere Leitplanken und schränkt dessen Kompetenzen klar ein. Beispielsweise garantiert es den Einbezug der Kantone, der Sozialpartner und des Parlaments für den Ausbau der Unterstützungsmassnahmen. In der Konsequenz ist der Handlungsspielraum des Bundesrates durch das Covid-19-Gesetz richtigerweise enger definiert, und es besteht nun eine klare, durch das Parlament geschaffene gesetzliche Grundlage.

Falsche Zeit für eine Frustbekundung

Jetzt ist nicht Zeit, aus Frustration ein Exempel zu statuieren. Und schon gar nicht die Zeit, den Corona-gebeutelten Unternehmen und der Bevölkerung die wichtigen wirtschaftlichen Unterstützungshilfen zu entziehen. Darum stimme ich am 13. Juni Ja zum Covid-19-Gesetz.

Regine Sauter
Nationalrätin ZH

«Das Covid-19-Gesetz ist ein wichtiger Schritt weg vom Notrecht hin zu einem von der Bundesversammlung legitimierten Krisenmanagement.»

Damian Müller (rechts) und zahlreiche weitere Parlamentarier unterstützen die Vorlage.

(Bild: Thimea Häfliger)



Wirksamer Klimaschutz

Ja zum CO₂-Gesetz

Mit dem Pariser Klimaabkommen hat sich die Schweiz schon 2017 verpflichtet, ihren Beitrag zu leisten, damit die internationale Gemeinschaft von über 190 Vertragsstaaten des Pariser Abkommens die globale Erwärmung auf 1,5 °C begrenzen kann. Das CO₂-Gesetz ist wirtschaftsfreundlich ausgestaltet, was sich unter anderem durch die breite Unterstützung der Wirtschaft zeigt. Die Ja-Allianz besteht aus fast allen Parteien (FDP, Mitte, Grünliberale, Grüne, EVP und SP), zahlreichen Wirtschaftsverbänden und mehr als 90 zivilgesellschaftliche Organisationen.

Der Klimawandel ist ein globales Problem, und wir müssen Massnahmen ergreifen, um die bereits heute sichtbaren Folgen wie den Rückzug der Gletscher, die Zunahme extremer Wetterereignisse, die Verschiebung der Niederschläge in den Winter und den Rückgang der Artenvielfalt zu dämpfen. Es zeigt sich: Wir sind auf dem richtigen Weg, es muss aber noch mehr getan werden, wenn die Schweiz ihre Reduktionsziele bis 2030 erreichen will.

Das Verursacherprinzip wird gestärkt

Im Zentrum des CO₂-Gesetzes steht das Verursacherprinzip. Das bedeutet, dass «wer mehr ver-

schmutzt, mehr zahlt». Somit profitieren beispielsweise Hauseigentümer, die weniger Heizöl verbrauchen oder anstelle von Öl und Gas mit erneuerbaren Energien heizen. Eine Familie, die sich entscheidet, weniger oder gar nicht zu fliegen, profitiert ebenfalls. Die Folge daraus ist, dass die Landbevölkerung vom CO₂-Gesetz profitiert, während die Städterinnen und Städter einen Anreiz erhalten, ihren Verbrauch fossiler Energien zu reduzieren.

Die ganze Welt handelt – wir machen mit

Beim Klimaschutz geht es nicht nur um einzelne nationale Massnahmen, sondern um ein globales

Miteinander. Die Schweiz hat sich international mit 190 weiteren Staaten zur Reduktion der Treibhausgasemissionen und zu mehr Klimaschutz bekannt. Die USA ist nach der Wahl ihres neuen Präsidenten Joe Biden wieder zum Kreis der Unterstützer des Pariser Klimaabkommens zurückgekehrt. Auch die Europäische Union, Japan, Kanada und sogar China haben in den Jahren 2020 und 2021 verstärkte Klimaziele beschlossen.

Das CO₂-Gesetz fördert die Innovation

Mit dem Klimafonds werden neue Projekte zur Förderung von Innovation gezielt unterstützt, wie zum Beispiel die Planung und Finanzierung von Fernwärmenetzen als wichtigen Beitrag an die Dekarbonisierung des Wärmesektors oder der Aufbau von Ladestationen für Elektroautos als zentraler Hebel für eine rasche Elektrifizierung der Mobilität. Auch unterstützt der Fonds die Sanierung von Gebäuden und von Ersatzneubauten sowie den Einbau von CO₂-freien Heizungen. Und schliesslich erhalten Schweizer Unternehmen mit dem Klimafonds Unterstützung, um klimafreundliche Technologien rascher auf den Markt zu bringen. Zu den Nutzniessern gehört deshalb auch die Luftfahrtindustrie, denn bis zu 49 Prozent der Flugticketabgabe können dafür verwendet werden, innovative Methoden zur Produktion erneuerbarer Flugtreibstoffe voranzubringen. Während aktuell das Fliegen mit sogenannter Flugscham behaftet ist, zielt das CO₂-Gesetz darauf, auch das Fliegen klimaverträglich zu machen, und für die Schweiz entstehen neue Chancen im globalen Wettbewerb.

Weniger Abhängigkeit von fossilen Energien

Das CO₂-Gesetz hilft der Bevölkerung und der Wirtschaft, die Abhängigkeit von importiertem Öl, Gas und Kohle frühzeitig zu reduzieren. Jedes Jahr fliessen rund 8 Milliarden Franken für fossile Energien ins Ausland. Mit dem neuen CO₂-Gesetz können wir einerseits diese Abhängigkeiten der Schweiz schrittweise reduzieren und andererseits früh den Weg für neue, nicht fossile Sektoren ebnen, die unsere Versorgungssicherheit in Zukunft gewährleisten.

Das Gesetz basiert auf dem Positionspapier der FDP

Das CO₂-Gesetz ist ein konsequenter Schritt, den auch die Basis der FDP fordert, und unsere Fraktion hat das Gesetz im Parlament massgeblich mitgeprägt. Dabei wird auf Lenkungsabgaben und Innovation gesetzt anstatt auf Verbote. Auch sorgt das CO₂-Gesetz dafür, dass wir keine Kosten auf dem Buckel der kommenden Generationen verursachen. Die ganze Welt handelt und wir machen mit – das ist fair und verursachergerecht.

Damian Müller, Ständerat LU



«Die Freiheit der Bürger schützen»

Karin Keller-Sutter setzt sich für ein Ja zum PMT ein

Die Schweiz stimmt am 13. Juni über das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus ab. Justizministerin Karin Keller-Sutter erklärt, weshalb das Gesetz eine wichtige Lücke schliesst.

Inwiefern kann das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus (PMT) helfen, Terroranschläge zu verhindern? Reichen die bestehenden Gesetze nicht aus? Nein. Heute kann die Polizei erst eingreifen, wenn bereits eine Straftat verübt wurde. Künftig soll die Polizei im Sinne der Gefahrenabwehr präventiv handeln können. Wir schliessen mit PMT eine wichtige Lücke. Auch in der Schweiz gibt es Personen, von denen eine terroristische Gefahr ausgeht.

Mit PMT könnte einer Person beispielsweise ein Kontaktverbot zu radikalisierten Gruppen oder ein Ausreiseverbot auferlegt werden, um eine Reise in den Jihad zu verhindern.

Gibt es konkrete Beispiele, wo die PMT-Massnahmen helfen würden? Ein konkretes Beispiel ist der Fall des früheren Vorbeters der Winterthurer An'Nur-Moschee. Er sitzt wegen IS-Beteiligung eine Gefängnisstrafe ab, spricht aber aus der Haft

heraus Drohungen aus. Was passiert mit dem Mann, wenn er seine Strafe verbüsst hat? Um weitere Taten zu verhindern, könnte ihm zum Beispiel ein Kontaktverbot zu radikalisierten Islamisten auferlegt werden. Auch den Attentäter von Morges hätte man möglicherweise besser begleiten können. Ob man den Anschlag verhindert hätte, wissen wir nicht. Sicher ist aber: Heute fehlen uns die Instrumente zur Prävention und polizeilichen Gefahrenabwehr.

Die Gegner befürchten einen massiven Eingriff in die Grundrechte. Zu Recht? Nein, im Gegenteil. Die vorgeschlagenen Massnahmen dienen der Sicherung der demokratischen und rechtsstaatlichen Grundlagen und dem Schutz der Freiheit der Menschen in der Schweiz. Hier geht es um ein Gesetz, das alle rechtsstaatlichen Garantien gewährleistet. Jede Massnahme muss verhältnismässig sein und kann vor einem Gericht angefochten werden. Die Eingrenzung auf eine Liegenschaft muss ein Zwangsmassnahmengericht bewilligen. Wir schützen nicht die Freiheit der Terroristen, wir schützen die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Zudem nimmt die Schweiz mit PMT international keine Sonderrolle ein: Grossbritannien, Frankreich, Deutschland oder die Niederlande setzen bei der Terrorismusbekämpfung vergleichbare Massnahmen ein.

Sind die PMT-Massnahmen und insbesondere der Hausarrest vereinbar mit der EMRK und der UN-Kinderrechtskonvention? Ja. Wir haben die Vereinbarkeit mit der EMRK von Professor Andreas Donatsch gründlich abklären lassen. Das Gesetz respektiert auch die Kinderrechtskonvention. Erzieherische und Kinderschutzmassnahmen haben immer Vorrang. Wir sehen leider auch, dass gerade junge Menschen oft anfällig sind und sich leicht radikalisierten lassen. Die Dschihad-Reisenden aus Winterthur waren 15 und 16 Jahre alt. In der Ostschweiz hatte die Polizei einen minderjährigen Bombenbauer verhaftet. In Grossbritannien betrifft inzwischen jede zehnte Verhaftung im Zusammenhang mit Terrorismus einen Teenager.

Inwiefern stützt sich das PMT auf bereits erprobte Instrumente? Präventiv-polizeiliche Massnahmen sind nichts Neues. Sie dienen der Gefahrenabwehr. Schon heute kann beispielsweise ein gewalttätiger Hooligan am Betreten eines Stadions gehindert werden. Auch bei häuslicher Gewalt kann die Polizei einschreiten, bevor etwas passiert. Das Gleiche wollen wir auch mit PMT erreichen. Es kann ja nicht sein, dass wir präventiv gegen Hooligans vorgehen können, nicht aber gegen terroristische Gefährder.

Interview: Mario Epp

Bilateraler Weg ist der Königsweg

Gesamtbundesrat steht in der Verantwortung

Die FDP begrüsst die Absicht des Bundesrates, den Kontakt mit der EU aufrechtzuerhalten. Solange beide Parteien noch am Verhandlungstisch sind, gilt es, die erfolgreiche Verabschiedung des Rahmenabkommens durch den Bundesrat weiterzuverfolgen. Als mögliche Alternative hat die FDP-Fraktion proaktiv einen Drei-Säulen-Aktionsplan verabschiedet.

Die Schweiz und die EU sind wirtschaftlich eng verflochten. Zuverlässige Beziehungen sind deshalb elementar, und die FDP hat sich stets für den gesicherten bilateralen Weg eingesetzt. In der Diskussion über das Rahmenabkommen erwartet die FDP nun vom Bundesrat, dass er Transparenz schafft über die erfolgten technischen Gespräche und damit eine Beurteilung über deren Fortschritte zulässt. Die FDP-Bundeshausfraktion hat sich bereits mehrmals und intensiv mit dem Rahmenabkommen auseinandergesetzt und ihre Position aus der Konsultation des Rahmenabkommens von 2019 mehrfach bestätigt. Darin hat sie sich grundsätzlich positiv zum Rahmenabkommen geäußert, wobei in drei Bereichen noch Konkretisierungen notwendig sind: Unionsbürgerrichtlinie, Lohnschutz und Guillotine.

Die Teilnahme am Binnenmarkt ist und bleibt der mit Abstand beste Weg, um den Wirtschaftsstandort und damit auch den Wohlstand in der Schweiz zu sichern. Der Gesamtbundesrat steht

bezüglich der Verhandlungen nach wie vor in der Führungsverantwortung und muss jetzt Lösungen vorlegen, die für beide Seiten akzeptabel sind. Sollte das nicht möglich sein, muss nach einem anderen Ansatz gesucht werden, um die bilateralen Beziehungen zur EU zukunftsfähig zu gestalten. Zu diesem Zweck hat die FDP-Liberale Fraktion proaktiv einen Drei-Säulen-Aktionsplan entwickelt und am 16. April einstimmig verabschiedet.

1. Säule: Internationale Massnahmen mit der EU

Der Gesamtbundesrat ist in der Verantwortung, die Weiterentwicklung des bilateralen Weges zu sichern. Das wird weder schnell noch einfach möglich sein. Optionen dazu können sein:

Limitierte Dynamisierung der Bilateralen: Die technischen Sachbereiche, wie insbesondere MRA und Luftverkehr, werden mittels eines gesonderten Abkommens bereits heute mit der EU geregelt («dynamisiert»). Das würde eine limitierte Dynamisierung der Bilateralen ermöglichen. Wichtige

Bedingung: Verzicht auf «Nadelstiche» (beispielsweise bei der Börsenäquivalenz) und De-Blockierung anderer Abkommen. In die Verhandlungsmasse miteinbezogen werden können im Gegenzug auch offene Punkte der Schweiz wie die Kohäsionszahlungen.

Bilaterale III: Neue Abkommen wie beispielsweise ein Strommarktabkommen, Finanzdienstleistungsabkommen (FDLA) und ein Gesundheitsabkommen können soweit erforderlich mit der von der limitierten Dynamisierung der Bilateralen noch nicht erfassten Abkommen zu einem neuen Vertragspaket der Bilateralen III verbunden werden.

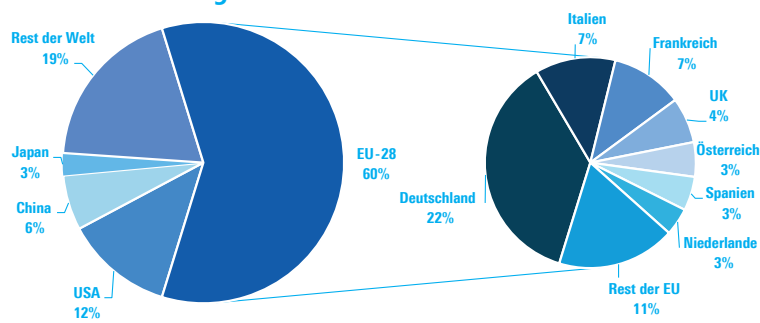
2. Säule: Internationale Massnahmen unabhängig von der EU

Es sind aktiv Partnerschaften mit Staaten ausserhalb der EU zu suchen oder zu intensivieren. Diese sind möglich im Bereich Freihandel (zum Beispiel Mercosur, Indien, USA, WTO); Forschung und Innovationsförderung (bi- und multilaterale Forschungsprogramme ausserhalb der EU); Bildung (bilaterales Programm mit UK); Landwirtschaft/Veterinärwesen (Vorbild Abkommen EU-UK); Finanzbranche (Anerkennung Gleichwertigkeit zwischen Grossbritannien und der Schweiz).

3. Säule: Nationale Massnahmen

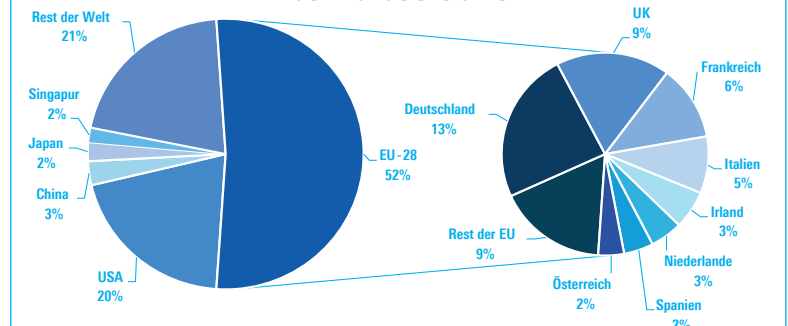
Es sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die die Schweiz unilateral umsetzen kann, um die negativen Folgen des Scheiterns abzufedern (Kompensation der erschwerten Marktzugänge und neuen Benachteiligungen): Umsetzung nationales Fitnessprogramm (gemäss FDP-Positionspapier «Vorwärtsstrategie für die Schweiz»); Kompensationsmassnahmen (wie zum Beispiel Alternativen zu EU-Äquivalenzanerkennungen der Börsen); autonomer Nachvollzug zwecks regulatorischer Entlastung der Wirtschaft; autonome Anpassungen, um die Anerkennung der Gleichwertigkeit zu forcieren (wie zum Beispiel Anpassung des Datenschutzgesetzes).

Die wichtigsten Handelspartner der Schweiz im Jahr 2019, gemessen am Handelsvolumen



Die Schweiz wies 2019 insgesamt ein Warenhandelsvolumen von 447,49 Mrd. CHF aus. Der Handel mit der EU machte 266,37 Mrd. CHF aus, was einem Anteil von 60 Prozent entspricht.

Die wichtigsten Dienstleistungshandelspartner der Schweiz 2019 nach Handelsvolumen



Die Schweiz verfügte 2019 mit der EU über ein Dienstleistungshandelsvolumen von 131,49 Mrd. CHF. Gemessen am gesamten Dienstleistungshandelsvolumen der Schweiz (252,11 Mrd. CHF) entsprach dies einem Anteil von 52 Prozent.



Peter Hodel ist ab August Solothurner Finanzdirektor.

Die grosse Genugtuung

Peter Hodel ist neuer Solothurner Regierungsrat

Mit der Neuwahl von Peter Hodel und der Wiederwahl von Remo Ankli hält die FDP zwei der fünf Sitze in der Solothurner Kantonsregierung. Der Meisterlandwirt aus Schönenwerd übernimmt das Finanzdepartement und hat grosse Ambitionen.

Die Vorfreude auf die kommende Aufgabe ist Peter Hodel auch am Telefon anzumerken. Der neu gewählte Solothurner Regierungsrat hat soeben die Departementsverteilung hinter sich und zeigt sich zufrieden: «Mit dem Finanzdepartement habe ich mein Wunschdepartement erhalten.» Für Hodel ist klar, dass die Finanzen in der kommenden Legislatur eine besonders wichtige Rolle spielen werden. Dies ist einerseits den finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie geschuldet, andererseits einer kantonalen Initiative, die Steuerensenkungen fordert. Für die Initiative, deren Grundsatz Hodel und die FDP unterstützen, wird die Regierung einen Gegenvorschlag erarbeiten. «Das sind Themen, die mich sicher beschäftigen werden», blickt der designierte Finanzdirektor voraus.

Zudem will Hodel eigene Akzente setzen und die Abhängigkeit vom Nationalen Finanzausgleich reduzieren. Solothurn gehört zu den grössten Empfängern pro Kopf. Für Hodel liegt hier Potenzial brach: «Solothurn hat das Potenzial, seine Attraktivität zu steigern, und ich bin überzeugt, dass sich das umsetzen lässt.»

Hodel fühlt sich in der Exekutive wohl

Tatendrang und Gestaltungswille zeichnen den Meisterlandwirt aus. Seit 2005 ist er Gemeindepräsident von Schönenwerd (5100 Einwohner) und seit 2014 Fraktionspräsident der FDP, die im Kantonsrat die grösste Fraktion stellt. «Die neun Jahre im Kantonsrat waren spannend, aber ich politisiere am liebsten in der Exekutive», sagt der 54-Jährige.

Dass Peter Hodel überhaupt in den Regierungsrat gewählt wurde, war keineswegs zu erwarten. Nach dem ersten Wahlgang, bei dem der bisherige Freisinnige Remo Ankli das Bestresultat erzielte, waren drei der fünf Regierungssitze vergeben. Peter Hodel lag auf dem sechsten Platz nur gerade 300 Stimmen hinter CVP-Kandidat Thomas A. Müller. «Bei dieser engen Ausgangslage war die Mobilisierung extrem wichtig», betont Hodel. «Die Partei hat Superarbeit geleistet, und wir haben wirklich alles gegeben.» Dieses Engagement schien bei der Bevölkerung anzukommen. Im 2. Wahlgang machte Hodel aus dem Rückstand einen Vorsprung von 1300 Stimmen und holte sich den fünften Sitz auf Kosten der CVP. «Ich habe es erst geglaubt, als auch Olten, die Heimatstadt meines Konkurrenten, ausgezählt war. Noch nie kam mir eine Stunde so lange vor», erzählt Hodel. Als das Resultat feststand, war die Freude riesig.

Nach den Sitzverlusten bei den Kantonsratswahlen bedeutet der gewonnene Regierungssitz für die FDP Solothurn eine grosse Genugtuung. Auch für Hodel: «Die Wahl ist eine grosse Ehre für mich, aber auch eine Belohnung für die zahlreichen Helfer, die sie ermöglicht haben.»

Vom Bauernhof ins Rathaus

Offizieller Arbeitsbeginn für den neuen Regierungsrat ist der 2. August. Bis Hodel sein Büro im Solothurner Rathaus bezieht, widmet er sich der Übergabe seiner zahlreichen Ämter. Ein sauberer Übergang ist ihm ein grosses Anliegen. Auch für die Arbeit auf dem Bauernhof wird Hodel künftig deutlich weniger Zeit finden. «Wir können die Zusammenarbeit mit dem benachbarten Landwirt verstärken, zudem kann ich auf die grosse Unterstützung meiner Frau zählen.» Mit der getroffenen Lösung sei gesichert, dass auch seine neunjährige Tochter dereinst die Möglichkeit habe, den Bauernhof zu übernehmen. «Sie darf natürlich selbst entscheiden, aber ich will ihr den Zugang zum letzten Bauernhof von Schönenwerd nicht verschliessen», sagt Hodel.

Ab August wird Hodels Fokus mehr auf finanzpolitischen Dossiers statt auf Mutterkuhhaltung und Ackerbau liegen. Er freut sich auf die neue Aufgabe und kann dabei auf einen grossen Rückhalt in der Solothurner Bevölkerung zählen: «Ich habe unglaublich viele Gratulationen und positive Rückmeldungen erhalten. Diese geben mir auch Energie, wenn es einmal schwierig sein sollte.»

Marco Wölfli

Auf die Hochzeit folgt meist eine saftige Steuerrechnung.



Ist Heiraten keine Frage der Liebe mehr?

Plädoyer für die Individualbesteuerung

Vor über 40 Jahren stellte das Bundesgericht fest, dass Ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren benachteiligt sind. Trotzdem ist bis heute nichts passiert. Wie kann das sein?

«Kamylla, du machst einen Fehler», das war einer der ersten Sätze, den ich gehört habe, als ich meine Hochzeit verkündete. Der Satz bezog sich nicht etwa auf die Wahl meines Ehemannes Samuel, sondern darauf, dass wir als verheiratetes Paar, noch ohne Kinder, einmal den Bund der Ehe eingegangen, mehr Steuern bezahlen als zuvor.

Durch den ganzen Hochzeitsstress vergass ich diese Aussage schnell wieder, und es kam mir erst wieder in den Sinn, als sich die neue Steuerrechnung im Posteingang befand. Eine kleine Nebenbemerkung – die Steuerrechnung hatten wir bereits vier Tage nach der Trauung im Briefkasten. Wenn doch die Verwaltung immer so schnell und effizient wäre.

Freie Entscheidung eingeschränkt

Dabei störte ich mich nicht einmal daran, dass wir prinzipiell nun mehr Steuern bezahlen müssen. Wir leben schliesslich in der Schweiz, und ich den-

ke, dass hier im Gegensatz zu anderen Ländern diese Einnahmen der Steuern doch grösstenteils vernünftig eingesetzt werden. Auch geht es mir nicht um den Schutz der Ehen, ich beziehe mich aber darauf, dass ich hier in meiner freien Entscheidung eingeschränkt werde respektive eine finanzielle «Bestrafung» erhalte, wenn ich mich für eine Heirat entscheide.

Ich bin der Meinung, jeder sollte eine individuelle und eine freie Wahl haben, unabhängig vom Zivilstand. Die Individualbesteuerung ist der Schlüssel zu einer nachhaltigen und fairen Steuerpolitik, deshalb lege ich Ihnen, Werte Leser, nahe, mit uns gemeinsam sich für die Volksinitiative



Kamylla Lisi-Brandino ist im Vorstand der FDP Frauen Kanton Zürich sowie der FDP Meilen.

Individualbesteuerung einzusetzen, um diesem Problem nach mehr als 40 Jahren endlich politisch mit einem Lösungsvorschlag entgegenzutreten.

Kamylla Lisi-Brandino
Vorstand FDP Frauen Kanton Zürich

«Jeder sollte eine individuelle und eine freie Wahl haben, unabhängig vom Zivilstand.»



Renteninitiative

Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge

Bis 2045 fehlen der AHV 200 Mrd. Franken!

Die Lösung der Sozialdemokraten:

**MWST um 4% erhöhen und
KMU schwächen!**

Unsere Lösung:

die Renteninitiative.

Jetzt

den beiliegenden Unterschriftenbogen
unterschreiben
und die AHV nachhaltig sichern

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

Nein zur Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotikaeinsatz»



NEIN

Nein zur Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»



JA

Ja zum Covid-19-Gesetz



JA

Ja zum CO₂-Gesetz



JA

Ja zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)

AGENDA

3. Juli 2021

Delegiertenversammlung, Martigny

28. August 2021

Sternwanderung in Thun

2. Oktober 2021

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter www.fdp.ch/shop bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.



FDP Die Liberalen

Nationale FDP-Sternwanderung

Freisinniger Wandertag mit FDP-Parlamentarierinnen und Parlamentarier

28. August 2021

Treffpunkt: Region Thun

SAVE THE DATE



Warum kommt 5G?

Darum ist der weitere Ausbau wichtig

Im Durchschnitt braucht heute jeder von uns hundert Mal mehr mobile Daten als vor zehn Jahren. Nur mit neuen Technologiegenerationen – wie aktuell 5G – können die Mobilfunkbetreiber dieses Wachstum stemmen.

Mobilfunk ist eine Erfolgsgeschichte

Mit jeder Generation kamen neue Anwendungen dazu. Diese entstanden, nachdem die Netze gebaut waren. Für 5G gelten übrigens die gleich strengen Regeln wie für die bisherigen Mobilfunkgenerationen.

1G
ab 1978
Mobile Telefonie

2G
ab 1993
Der grosse Durchbruch

3G
ab 2004
Das Internet wird mobil

4G
ab 2012
Neue Anwendungen für jede Lebenslage

Transport und Fahrzeuge
Smart Cities

Konsumenten

Industrie

6G

Landwirtschaft

Intelligente Gebäudetechnik

Umwelt

Versorgungsunternehmen

ab 2019

5G

Was ist jetzt mit 5G?

Mehr zu 5G, Mobilfunk, Gesundheit und Umwelt finden Sie hier.



[swisscom.ch/5gflyer](https://www.swisscom.ch/5gflyer)

swisscom